Pflege: Das muss jetzt passieren - die neue AK Kampagne!
Mehr dazu auf Seite 5

KOMMENTIERT
Kalte Progression muss endlich fallen!

Seit Jahren streichen Österreichs Finanzminister Milliarden ein, die aus einer zu Unrecht eingehobenen Steuer stammen: Die Kalte Progression, um die es hier geht, ist nämlich nichts anderes. Ein springender Punkt bei diesem Thema ist die Inflation. Diese heimliche Steuererhöhung entsteht dadurch, dass zwar die Löhne an die Inflation angepasst werden, nicht aber die Stufen des progressiven Steuersystems. So erhält man eine Gehaltserhöhung und rutscht dadurch in die nächsthöhere Tarifstufe – das bedeutet, dass mehr Steuern bezahlt werden müssen. Im Extremfall kann das beispielsweise bei einer Bruttogehaltserhöhung um 150 Euro bedeuten, dass dem Betroffenen (inflationbereinigt) weniger als 50 Euro netto bleiben. Der Rest wandert an den Finanzminister, der damit wieder laut angepriesene „Steuererleichterungen“ finanziert. Dieses ungerechte und leistungsfeindliche System gehört endlich abgeschafft, vor allem, da die Pläne der Regierung, Stichwort CO₂-Steuer, diese Abzocke noch verschärfen würden.

Analyse. Viele Ankündigungen und keine Taten – so bezeichnet Tirols AK Präsident Erwin Zangerl die zahlreichen Aussagen der Regierung zur Senkung der Steuern. „Die Steuerlast für die Beschäftigten ist in Österreich ohnehin überproportional hoch, die absolute Frechheit ist jedoch, dass es bei uns jährlich eine versteckte Steuererhöhung gibt, die fix in das System eingebaut wurde“, kritisiert Zangerl und fordert die Abschaffung der Kalten Progression.

Es ist ein unschönes Instrument, mit dem die Bundesregierung in den letzten Jahrzehnten den Steuerzahlern das Geld aus den Taschen gezogen hat und weiter zieht: Die Kalte Progression bringt dem Budget viele Milliarden und ist nichts anderes als eine verdeckte eingehobene Lohn- und Einkommenssteuer. Sie entsteht, wenn Steuerstufen nicht an die Inflation angepasst werden und Steuerpflichtige bei stagnierenden Realeinkommen in Steuerstufen geraten, die für ihre Einkommenskategorie gar nicht gedacht sind. In Österreich werden, im Gegensatz zu zahlreichen anderen OECD-Staaten, die einzelnen Steuer-Tarifstufen nämlich nicht an die jährliche Inflation – also an die Preissteigerungen – angepasst. Dadurch steigt die Steuer-

belastung der arbeitenden Bevölkerung automatisch, ohne dass per Gesetz eine Steuererhöhung beschlossen werden muss. Besonders betroffen von der Kalten Progression sind untere und mittlere Einkommen.

„Die Kalte Progression ist nichts anderes als eine Abzocke. Das wird sich in den kommenden Jahren noch verschlimmern.“

Erwin Zangerl, AK Präsident

Verwendet wird diese ungerichtete Steuererhöhung unter anderem, um vollmundig angekündigte „Steuererleichterungen“ zu finanzieren. „Die Steuerzahler zahlen sich jede Entlastung selbst, das wird auch bei der angekündigten Entlastung im Zuge der CO₂-Bepreisung nicht anders sein. Der Taschenspielertrick geht weiter, vor allem auf Kosten der österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, ärgert sich AK Prä-

sident Zangerl und plädiert für die sofortige Abschaffung der Kalten Progression.

Unterschiede. „Die Kalte Progression ist nichts anderes als eine Abzocke und das wird sich in den kommenden Jahren noch verschlimmern“, erklärt Tirols AK Präsident. Denn diese Kalte Progression ist im Grunde die Besteuerung der Inflation und damit die Besteuerung jenes Einkommenszuwachses, der real gar nicht zur Verfügung steht. Ist die Inflation hoch, rutscht man in höhere Steuerklassen und der Staat holt sich sofort seinen Anteil. „Jetzt steigt die Teuerung und die angekündigte CO₂-Bepreisung wird die Inflation noch verschärfen, da es logischerweise zu Preisanstiegen bei Wohnen, Heizen und der Mobilität kommen wird. Das betrifft natürlich auch den Transport von Waren, was sich auch bei den Preisen in den Supermärkten durchschlagen wird“, erklärt Zangerl. Es sei ein Teufelskreis, den die Regierung hier befeuert. „Der Ruf nach höheren Löhnen wird berechtigterweise laut werden, doch damit kommt man

auch in höhere Steuerstufen, mehr als die Hälfte der Einkommenssteigerungen gehen an den Staat“, so der AK Präsident.

„Seit Jahren wird darüber diskutiert dieses leistungsfeindliche und unsoziale System abzuschaffen,

„Die angekündigte CO₂-Bepreisung wird die Inflation verschärfen, das Leben wird noch teurer. Wie soll das gehen?“

Erwin Zangerl, AK Präsident

doch jede Regierung übt sich nur in Ankündigungspolitik. Die Steuerstufen gehören jedoch an die Teuerungsrate angepasst, sonst wird es in Österreich nie eine Steuerentlastung geben, sondern nur jeweils eine Rückvergütung einer verdeckt eingehobenen Lohn- und Einkommenssteuer. Die Kalte Progression gehört deshalb sofort abgeschafft, denn das wäre eine echte Entlastung für die Steuerzahler“, fordert Zangerl.

© Butch/stock.adobe.com

7 Mrd.

Euro an Corona-Förderungen wurden bis Anfang Juli 2021 an Unternehmen ausbezahlt

1,1 Mrd.

Euro betrug die Umsatzerlöse in Beherbergung und Gastronomie im November und Dezember 2020

850 Mio.

Euro war der Anstieg des Arbeitslosengeldes im Jahr 2020 laut Statistik Austria

Corona: 7 Milliarden Euro an Unternehmen bezahlt

Akut. Bereits über 7 Milliarden Euro Corona-Förderungen wurden an Unternehmen ausbezahlt. Die Arbeitnehmer können von so einer Entlastung leider nur träumen.

Die Corona-Krise hat die heimische Wirtschaft auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Ganze Wirtschaftszweige mussten monatelang ihre Pforten schließen. Doch die Bundesregierung schnürte ein gigantisches, 50 Milliarden Euro schweres Hilfspaket. Dieses beinhaltet unter anderem die Kurzarbeitsbeihilfe, die staatliche Übernahme von Haftungen und Garantien sowie Stundungen von Sozial- und Steuerabgaben. Aber auch direkte finanzielle Zuschüsse werden seit jeher großzügig an Unternehmen ausbezahlt. Und so kam es, dass Begriffe wie Fixkostenzuschüsse, Verlustersatz, Ausfallsbonus oder Lockdown-Umsatzerlöse plötzlich durch die Medienlandschaft kursierten.

Geld für Tourismus. Bis Anfang Juli 2021 wurden auf diese Art und Weise bereits über 7 Milliarden Euro direkt an die heimischen Unternehmen ausbezahlt. Das meiste Geld floss dabei in Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe. Allein die Umsatzerlöse im November und Dezember 2020 machten für diese beiden Branchen fast 1,1 Milliarden Euro aus, hinzu kommen noch Fixkostenzuschüsse von 202 Millionen Euro (Stand: Ende 2020). Aber auch Handelsunternehmen zählen diesbezüglich zu den Gewinnern (406 Millionen Euro Umsatzerlöse im November/Dezember 2020 und rund 100 Millionen Euro Fixkostenzuschüsse bis Ende 2020). Doch damit nicht genug. Zusätzlich wurden noch steuerliche Entlastungen beschlossen. Denn seit 1. Juli 2020 müssen Betriebe der Gastronomie und Hotellerie auf

Speisen und Getränke nicht mehr 10, sondern nur mehr 5 Prozent an Umsatzsteuer an das Finanzamt abführen. Die Umsatzsteuer auf Zimmervermietungen wurde bereits Ende 2018 von 13 auf 10 Prozent gesenkt.

Wo bleibt die Steuersenkung? Und die Entlastungen für die von der Krise betroffenen Arbeitnehmer? Trotz der Corona-Kurzarbeit stiegen die Arbeitslosenzahlen auf ein Rekordniveau. Letztes Jahr waren teilweise weit über eine halbe Millionen Menschen beim AMS als arbeitslos gemeldet. Die Statistik Austria geht davon aus, dass im Jahr 2020 die Ausgaben für das Arbeitslosengeld in Summe rund 2,4 Milliarden Euro betragen. Das klingt viel, aber im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 ist das eine Steigerung

von (im Vergleich zu den 7 Mrd. Euro, die direkt an Unternehmen bezahlt wurden, nur) 850 Millionen Euro. Auch den Angestellten wird schon lange eine versprochene Steuersenkung in Aussicht gestellt. „Während Unternehmen in der Corona-Krise trotz großzügiger finanzieller Zuschüsse sogar noch steuerlich begünstigt wurden, lassen Entlastungen für die arbeitende Bevölkerung immer noch auf sich warten. Es gilt also genau zu beobachten, ob durch die bevorstehende ökosoziale Steuerreform längst angekündigte Versprechen der Regierung endlich auch umgesetzt werden“, stellt AK Präsident Erwin Zangerl klar.

Geldfluss. Der größte Teil der Corona-Förderung ging an den Tourismus und die Handelsunternehmen. Die Entlastung der betroffenen Arbeitnehmer lässt auf sich warten...

AK TELFS

Fallen für Mieter und Vermieter

Das Mietrecht ist ein äußerst undurchsichtiger Paragraphendschungel. Worauf zu achten ist, erfahren Sie beim kostenlosen AK Infoabend „Fallen für Mieter und Vermieter“ am Dienstag, 21. September, um 19.30 Uhr in der AK Telfs.

Ein Wohnrechtsexperte der AK Tirol gibt Antworten auf häufige Fragen wie: Wann gilt das Mietrechtsgesetz? Wie schaut es mit Kündigung, Kautions- und Ausmalen aus? Was sind Betriebskosten? Wer bezahlt die Reparaturen und was tun bei Schimmel in der Wohnung? Anmeldung erforderlich unter **0800/22 55 22 - 3838** oder telfs@ak-tirol.com

AK KITZBÜHEL

Auf gute Nachbarschaft

Ganz egal, ob auf dem Land oder in der Stadt, in einem eigenen Haus oder in einer Mietwohnung – nur ganz selten wird das Wohnen ohne Nachbarn möglich sein. Ein enges Zusammenleben Tür an Tür oder Grundstück an Grundstück bietet jedoch oft ausreichend Konfliktpotential und ist immer wieder Anlass für unterschiedliche Streitigkeiten. Vermeiden Sie unnötigen Ärger und kommen Sie zum kostenlosen Infoabend „Auf gute Nachbarschaft“ am Donnerstag, 30. September, um 19 Uhr in der AK Kitzbühel.

Ein AK Experte informiert und beleuchtet wichtige Themen wie etwa Streitigkeiten an der Grundstücksgrenze, Lärm oder Geruchsbelästigung aus der Nachbarschaft oder das neu erbaute Haus am Nachbargrund. Gleich anmelden unter **0800/22 55 22 - 3232**.

AK TIROL - BILANZ 2020

Finanzielle Erfolge für unsere AK Mitglieder aus Interventions-, Rechtsschutz- und Insolvenzakten sowie aus Arbeitnehmerveranlagungen

€ 48,645.000

€ 30,521.510 aus Rechtsschutzakten € 7,545.920 aus Interventionsakten € 6,405.780 aus Insolvenzvertretungen € 4,171.790 aus Arbeitnehmerveranlagungen

AK TIROL

Sommerschule Plus war Riesenerfolg

Begeisterte Kinder und Jugendliche, erleichterte Eltern: Die AK Sommerschule Plus, die in Zusammenarbeit mit Land Tirol und BFI umgesetzt wurde, war mit knapp 2.300 Buchungen noch erfolgreicher als im Vorjahr. Tirolweit besuchten Schülerinnen und Schüler bis 27. August kostenlos mehr als 10.670 Unterrichtseinheiten – 4.210 Einheiten Lernbegleitung sowie 6.463 Einheiten in Workshops. Insgesamt wurden fast 8.000 Mittagessen verspeist! Auch die Lernbegleitung intensiv im Anschluss war ein voller Erfolg.

„Nach dem extrem schwierigen Schuljahr war es uns ein großes Anliegen, die Familien zu unterstützen“, betonten Bildungslandesrätin Beate Palfrader und AK Präsident Erwin Zangerl (oben). „Die Nachfrage zeigt aber auch, wie dringend notwendig dieses Angebot ist.“

VERMÖGEN WEITERGEBEN

Schenken oder vererben?

Für das eigene Hab und Gut haben viele Menschen ein Leben lang gearbeitet. Doch irgendwann stellt sich die Frage, wann und wie man sein Vermögen weitergeben soll. Wer sich Rat von Experten holt, kann viel Ärger und Streitigkeiten vermeiden. Beim kostenlosen Infoabend „Schenken oder vererben?“ gibt es Tipps zu Schenkung, Übergabe, Erbfolge, Pflichtteil, Testament oder Grunderwerbsteuer.

Die nächsten Termine: **AK Schwaz** (DW 3737) **am Di. 28. September, 19 Uhr**; **AK Landeck** (DW 3434) **am Di. 12. Oktober, 19 Uhr**; **AK Kitzbühel** (DW 3232) **am Do. 14. Oktober, 19 Uhr**. Gleich Platz sichern unter 0800/22 55 22 und der jeweiligen Durchwahl (DW).

„Wir werden den Druck auf die Politik verstärken!“

Im Gespräch. Von Arbeitslosigkeit bis Klimawandel – die Liste der Probleme nimmt derzeit kein Ende. Für AK Präsident Erwin Zangerl Grund genug, den Druck auf die Entscheidungsträger zu verstärken, damit Lösungen endlich umgesetzt werden.

TAZ: Herr Präsident, die Corona-Pandemie steuert auf einen neuen Höhepunkt zu, befürchten Sie einen weiteren Lockdown?

Zangerl: Einen Lockdown befürchte ich nicht, allerdings fürchte ich, dass durch die Maßnahmen, die man jetzt setzt, die Gesellschaft noch tiefer gespalten wird, als sie es ohnehin schon ist. Ich respektiere natürlich die Meinung jedes Einzelnen, der sich nicht impfen lassen will, und natürlich gilt auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit, allerdings wären wir zur Zeit wohl alle lieber in Dänemark, wo knapp 75 Prozent der Bevölkerung geimpft sind und die Corona-Beschränkungen aufgehoben werden.

TAZ: In Nordrhein-Westfalen soll der Lohn gestrichen werden, wenn man ungeimpft ist und in Quarantäne muss. Ist das für Sie eine sinnvolle Maßnahme?

Zangerl: Das befeuert nur den rechten Rand, wobei ein solches Vorgehen in Österreich ohnehin nicht möglich ist. Sinnvoller wäre es, weiter aufzuklären und auf die Risiken hinzuweisen, die mit einer Corona-Infektion verbunden sind. Das ist kein Schnupfen, das hat bereits bei vielen Betroffenen zu langfristigen Schäden geführt und wird es auch weiterhin. Auch Kinder sind leider nicht vor Long-Covid gefeit. Derzeit bewegen wir uns aber dahin, dass die Impfskeptiker immer stärker unter Druck gesetzt werden. In wieweit das letztlich rechtlich alles konform ist, werden erst die Gerichte klären müssen.

TAZ: Also eine Impfpflicht durch die Hintertür?

Zangerl: So sieht es aus. Es gibt leider in Österreich einen hohen Prozentsatz an Impfskeptikern, sodass uns dieses Thema noch lange beschäftigen wird, was mich nicht besonders freut. Denn es gäbe eine Unmenge an Problemen zu lösen, die schon ohne Corona schwer genug zu lösen sind.

TAZ: Zum Beispiel?

Zangerl: Facharbeitermangel, Pflegekrise, Wohnkosten, Steuerbelastung, Arbeitslosigkeit, Klimawandel – die Liste ließe sich beliebig fortführen. Was, wenn wir gerade in Tirol keine Menschen mehr begeistern können, im Tourismus zu arbeiten, weil ihnen zu wenig Wertschätzung entgegengebracht wurde bzw. wird? Was, wenn wir uns in der Pflege in die gleiche Richtung bewegen? Wie soll sich der Großteil der Menschen in diesem Land das Leben leisten, noch dazu, wo jetzt eine enorme Teuerungswelle auf uns zukommt, angefeuert durch eine CO₂-Steuer und ein Steuersystem, das den Menschen quasi hinterrücks das Geld aus den Taschen zieht?

TAZ: Sie beziehen sich dabei auf die Kalte Progression?

Zangerl: Mir wäre ganz recht, wenn sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu diesem Thema lautstark äußern würden, und dass wir weniger über den Sinn der Impfung reden müssten. Denn das System „Kalte Progression“ ist leistungsfeindlich und ungerecht. Letztendlich wird es dadurch auch keine Steuererleichterung geben, sondern wir werden im Endeffekt mehr Steuern zahlen müssen. Die CO₂-Steuer wird nur die Inflation anheizen und alles noch teurer machen. Und gleichzeitig nimmt man den Beschäftigten durch einen Steuertrick noch mehr Geld ab und belastet die einkommensschwachen Haushalte. Mir kann niemand erklären, dass das eine sinnvolle Klimapolitik ist. Ich kann jetzt schon prophezeien, dass das nicht funktionieren wird. Denn es gibt in der so wichtigen Klimapolitik nur Schlagworte und Überschriften. Ich kenne zum Beispiel kein einziges Konzept, das schlüssig erklärt, wo der Strom für die Elektromobilität herkommen soll, der ja noch dazu sauber sein sollte. Oder man will, dass sich in den nächsten zehn Jahren alle eine Photovoltaikanlage zulegen, ohne zu erklären, wieviel Energie man damit für den Hausgebrauch gewinnen kann. Diese Art der Klimapolitik werden wir deshalb auch in den kommenden Monaten genau unter die Lupe nehmen.

TAZ: Also alles in allem ein „heißer“ Herbst?

Zangerl: Für uns als wichtigste Interessenvertretung der Beschäftigten auf jeden Fall. Wir werden unter anderem unsere Handlungsempfehlungen zur Pflege vorlegen, wir werden beim Thema Wohnen weiter drangleiben und wir werden gegen die Kalte Progression antreten, wobei ich hoffe, dass hier viele mit uns ihre Stimme erheben.

Eines kann ich versprechen: Der Druck auf die Entscheidungsträger wird stärker werden.

© Gerhard Berger

AK Tirol
IMPRESSUM
AK TIROLER ARBEITERZEITUNG – AK AKTUELL

Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Medieninhaber und Herausgeber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7
Redaktion: Mag. Henrik Eder, Valentina Mair, Armin Muigg, Victoria Rausch, Gertraud Walch
Fotos: AK, stock.adobe.com
Druck: Intergraphik GmbH, 6020 Innsbruck, Ing. Etzelstraße 30

Die von der AK Tirol angebotenen Leistungen kommen ausschließlich ihren Mitgliedern zugute. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Zangerl: ÖGK braucht Reform

Neustart. „Der Zentralismus der ÖGK lässt die regionalen Bedürfnisse völlig außer Acht“, so AK Präsident Erwin Zangerl. Er fordert eine grundlegende Reform der ÖGK.

Finanzen, Personal, grundlegende Entscheidungen – all das wird bei der ÖGK derzeit von Wien aus gesteuert. „Die Verteilung der Gelder sowie versorgungsrelevante Entscheidungen werden fast ausschließlich zentral getroffen, dabei hat man den Menschen jahrelang vorgegaukelt, dass die Regionen gestärkt werden sollen, doch genau das Gegenteil ist passiert, siehe auch ÖGK“, urteilt AK Präsident Erwin Zangerl.

Durch die momentane Konstruktion entstehen lange und mühsame Entscheidungswege. Das rasche Reagieren auf regionale und lokale Bedürfnisse ist meist schwierig und mit viel Zeitverlust verbunden. „Hier muss es zu einem Umdenken kommen, die regionalen Bedürfnisse und die Anliegen der Bevölkerung, insbesondere im ländlichen Raum, müssen in den Mittelpunkt rücken. Ebenso hat die Finanzierung auf Länderebene zu

erfolgen, die Beiträge dürfen nicht in eine Zentrale abfließen, wo wir keinen Einfluss mehr haben, wie die Gelder verwendet werden“, fordert Zangerl. Auch fordert der AK Präsident kürzere und schnellere Entscheidungswege, eine Stärkung der Selbstverwaltung und eine massive Stärkung der Präsenz der ÖGK in den Ländern, zudem sollen die Mittel und die ersparten Rücklagen gerechter verteilt werden. „Als Hauptfinanzier aller

Gesundheitsangebote – vom Krankenhaus über die Apotheke bis hin zur ärztlichen und therapeutischen Versorgung – muss die ÖGK in den Bundesländern wieder stärker mitgestalten können und der Chef im Land sein – aus Verantwortung gegenüber den Versicherten und den treuhändig verwalteten Geldern. Wir sprechen hier allein in Tirol von rund 1,3 Milliarden Euro an Beiträgen. Dieses Geld soll in Tirol verwaltet werden“, so Zangerl.

Sie haben noch weitere Fragen? Dann wenden Sie sich an unsere Arbeitsrechts-Profis unter der Nummer 0800/22 55 22 DW 1414

Krank in die Arbeit? Wer krank ist muss unverzüglich den Arbeitgeber informieren. Wie der Chef informiert wird – per eMail, SMS etc. – ist egal.

AK LIENZ

Für werdende Mamas und Papas

Mit einer Schwangerschaft beginnt ein neuer Lebensabschnitt und es ergeben sich viele Fragen. Antworten erhalten angehende und frischgebackene Mütter und Väter beim kostenlosen AK Infoabend „Baby an Bord“ in der AK Lienz, Beda-Weber-Gasse 22, am Donnerstag, 14. Oktober, ab 19 Uhr.

AK Experte Mag. Daniel Hainzer erläutert die arbeits- und sozialrechtlich relevanten Themen wie Wochenlohn, Kinderbetreuungsgeld, Karenz etc. und gibt einen Leitfaden vom Beginn der Schwangerschaft über die Geburt bis hin zum Wiedereinstieg ins Arbeitsleben. Im Rahmen des Vortrags gibt es auch die Möglichkeit für Fragen und Diskussion. Anmelden unter 0800/22 55 22 – 3535 oder lienz@ak-tirol.com

AK LIENZ

Alles zur Altersteilzeit

Ein Leben lang arbeiten und dann plötzlich in Pension: Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist diese neue Situation mit einem sogenannten Pensionschock verbunden. Die Altersteilzeit ermöglicht einen fließenden Übergang vom Arbeitsleben in die Pension. Die Arbeitszeit wird um 40 bis 60 % verringert, das Entgelt beträgt zwischen 70 und 80 % des bisherigen Einkommens. Weitere Details zu Laufzeit, Blockmodellen, Zugangsalter, Teilpension und vieles mehr erfahren Interessierte von Meinhard Pargger (AK Tirol) beim kostenlosen Infoabend „Alles zur Altersteilzeit“ am Dienstag, 21. September, um 19 Uhr in der AK Lienz. Anmelden unter 0800/22 55 22 – 3535 oder lienz@ak-tirol.com

AK IMST, AK INNSBRUCK

Auszeit für Weiterbildung

Weiterbildung erhöht die Chancen am Arbeitsmarkt, ist aber neben dem Beruf oft nur schwer zu bewältigen. Experten von AK und AMS informieren deshalb über die Modelle Bildungskarenz und Bildungsteilzeit beim kostenlosen Infoabend „Auszeit für Weiterbildung“.

Termine: **Mittwoch, 29. September, um 19 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck, Maximilianstraße 7, und Donnerstag, 30. September, um 19 Uhr in der AK Imst, Rathausstraße 1.** Anmeldung erforderlich unter 0800/22 55 22 und der jeweiligen Durchwahl (DW) oder per eMail. **Innsbruck:** DW 1515 oder bildung@ak-tirol.com **Imst:** DW 3131 oder imst@ak-tirol.com

Das gilt im Krankenstand

Arbeitsrecht. Wer krank ist, bleibt zu Hause und lässt sich krankschreiben. Je nach Dauer und Schwere der Erkrankung gelten aber unterschiedliche Regelungen. Die Arbeitsrechtsexpertinnen und -experten der AK klären auf und sagen, worauf zu achten ist.

Verstopfte Nase, Halsschmerzen, mit Fieber im Bett: Bei Krankheit ergeben sich für den Arbeitnehmer oft viele Fragen. Wann muss ich eine Krankmeldung schicken? Wer kontrolliert, ob ich zu Hause bin? Und kann ich im Krankenstand gekündigt werden? Wir haben die Antworten auf die häufigsten Fragen.

Wann muss ich meinen Arbeitgeber über eine Erkrankung informieren?

Sobald ich merke, dass ich wegen einer Krankheit oder eines Unfalls nicht arbeiten kann, muss ich unverzüglich den Arbeitgeber informieren. Die verbreitete Meinung, man könnte bis zum dritten Tag warten, ist falsch. Wie der Chef informiert wird, ist egal. Das kann telefonisch, per eMail, WhatsApp oder SMS erfolgen. Um sicherzugehen, sollte auch gleich ein Arzt aufgesucht werden.

Wie lange geht eine Freistellung zur Betreuung kranker Familienmitglieder?

Wer Kinder oder nahe Angehörige, die im selben Haushalt leben, im Krankheitsfall pflegen muss, kann bis zu einer Woche im Jahr freigestellt werden. Ebenso, wenn jene Person, die das Kind in der Regel betreut (etwa die Oma), ausfällt. Bis zu einer Woche erhält man auch frei, wenn man sein Kind unter zehn Jahren ins Krankenhaus begleiten muss. Aber Achtung: Für all diese Fälle

gibt es insgesamt nur eine Woche. Eine zweite Woche gibt es, wenn ein Kind (höchstens 12) erneut krank wird.

Darf ich im Krankenstand das Haus verlassen?

Das ist von Fall zu Fall unterschiedlich. Wenn der Arzt Bettruhe verordnet, darf man das Haus nur für dringende Erledigungen verlassen. Bei psychischen Krankheiten ist das oft anders. Da verordnet der Arzt mitunter sogar Spaziergänge an der frischen Luft.

Was steckt hinter der neu geschaffenen Wiedereingliederungszeit?

Um nach einem längeren Krankenstand einen fließenden Einstieg zu ermöglichen, ist seit Juli 2017 die Wiedereingliederungsteilzeit möglich. Dabei kann man bis zu neun Monate das Arbeitsausmaß um 25 bis 50 Prozent reduzieren. Die Krankenkasse federt den Einkommensverlust ab.

Wer darf kontrollieren, ob ich im Krankenstand wirklich zu Hause bin?

Dafür ist die Krankenkasse zuständig. Wenn die Kontrolleure die Person nicht zu Hause antreffen, gibt es eine Verständigung, in der man die Abwesenheit begründen muss. Wer öfter nicht angetroffen wird, dem kann das Krankengeld entzogen werden. In jedem Fall wird aber der Arbeitgeber informiert, dieser darf jedoch selbst nicht kontrollieren.

Kann ich im Krankenstand gekündigt werden?

Ja, das ist leider möglich, wenn die Fristen eingehalten werden. Vielfach werden den Betroffenen dann einvernehmliche Lösungen vorgeschlagen. Schauen Sie genau, was Sie unterschreiben und melden Sie sich aufgrund von kurzen Fristen unverzüglich bei der Arbeiterkammer. Die Experten können abklären, wie man rechtlich gegen die Beendigung des Arbeitsverhältnisses im Krankenstand vorgehen kann.

Kann mein Arbeitgeber eine Gesundheitsprämie festsetzen?

Jegliche Leistungen, die als „Belohnung“ für nicht erkrankte Mitarbeiter gewährt werden, wie zum Beispiel Anwesenheits- oder Gesundheitsprämien, sind rechtswidrig. Das gilt auch für einmalige freiwillige Leistungen, wie zum Beispiel Reisegutscheine oder sonstige Geschenke. Den benachteiligten erkrankten Arbeitnehmern steht aufgrund des arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes die gleiche Leistung zu, wenn gesunden Arbeitnehmern Leistungen und Prämien gewährt werden.

Muss ich eine Arbeitsunfähigkeitsbestätigung schon ab dem ersten Krankheitstag bringen?

Nur wenn der Arbeitgeber im konkreten Einzelfall dazu auffordert, ist der Arbeitnehmer dazu

verpflichtet, eine Arbeitsunfähigkeitsbestätigung vorzulegen. Eine allgemeine Bestimmung im Arbeitsvertrag reicht dafür noch nicht aus. Die Grundregel lautet: Verlangt der Arbeitgeber keine ärztliche Bestätigung, braucht der Arbeitnehmer auch keine zu bringen. Oft wird die Meinung vertreten, dass der Arbeitgeber erst nach dreitägiger Krankheit eine ärztliche Bestätigung verlangen kann. Das ist falsch. Der Arbeitgeber kann diese bereits am ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit anfordern.

Hat der Arbeitgeber das Recht, meinen Lohn einzubehalten, wenn ich keine Krankmeldung bringe?

Verlangt der Arbeitgeber eine Arbeitsunfähigkeitsbestätigung und übermittelt der Arbeitnehmer sie nicht, so verliert dieser für die Dauer der Säumnis den Anspruch auf Lohnfortzahlung.

Wessen Zustimmung brauche ich, wenn ich während des Krankenstands übersiedeln oder ins Ausland fahren will?

Vor einem Ortswechsel, zum Beispiel einem Urlaub, einem Auslandsaufenthalt oder einem Umzug, muss ich während des Krankenstands nicht die Zustimmung des Arbeitgebers, sondern der Krankenkasse einholen.

AK ARBEITSRECHT

Die AK Arbeitsrechtsexperten helfen unter 0800/22 55 22 – 1414, per eMail an arbeitsrecht@ak-tirol.com

Patient Pflege. Das Personalproblem im Pflege- und Betreuungsbereich ist akut. Die AK legt jetzt ihre Pläne vor, wie die Probleme gelöst werden können.

NEWS AK KAMPAGNE

AK Initiative zum Thema Pflege

In den kommenden Wochen wird die AK Tirol medial auf die drängenden Probleme beim Thema Pflege hinweisen, sowohl in Printmedien, als auch in den sozialen Medien. Die in Blau gehaltene Kampagne soll aber nicht nur Probleme aufzeigen, sondern die Entscheidungsträger zum Handeln auffordern. Gleichzeitig werden zahlreiche Expertinnen und Experten ihre Wünsche an die Politik öffentlich formulieren. Die Kampagne bildet die gesamte Bandbreite der Pflege ab und will auch die Bevölkerung weiter für dieses Thema sensibilisieren. Die gesamte Fassung von **Pflege.Handeln.Jetzt!** finden Sie auf www.ak-tirol.com

Pflege. Handeln. Jetzt!

AK Vorstoß. Mit einer umfassenden Handlungsempfehlung unter dem Titel „Pflege. Handeln.Jetzt!“ und einer begleitenden Kampagne erhöht die AK Tirol den Druck auf Entscheidungsträger. „Jetzt muss gehandelt werden“, so AK Präsident Zangerl.

Die Situation im gesamten Pflegebereich war bereits vor der Corona-Pandemie schwierig. Corona hat die Schwachstellen und Probleme allerdings deutlich und vor allem öffentlich gemacht“, so AK Präsident Erwin Zangerl. Aufgrund der teilweise prekären Lage – bis 2030 fehlen allein in Tirol 7.000 Fachkräfte – hat die AK mit zahlreichen Expertinnen und Experten aus dem Bereich Pflege eine umfassende Handlungsanleitung entwickelt, die nicht nur die Probleme zusammenfasst und klar aufzeigt,

sondern auch Lösungsmöglichkeiten anbietet.

„Wir dürfen nicht riskieren, dass die Situation in der Pflege so wird, wie derzeit im Tourismus, wo kaum noch Mitarbeiter gefunden werden“, erklärt Zangerl. Deshalb muss schon bei der Ausbildung der Hebel angesetzt werden. „Wir dürfen diejenigen, die am Pflegeberuf interessiert sind, nicht schon durch die Ausbildung den Weg schwer machen. Dass die Ausbildungen kaum bezahlt werden, schreckt logischerweise viele ab, hier muss sofort gehandelt werden“, so Zan-

gerl, der eine ordentliche Entlohnung schon in der Ausbildung und das Aus für die Ausbildungskosten fordert. Bei der diskutierten Pflegelehre braucht es, wie in anderen Lehrberufen auch, klare Ausbildungspläne sowie Ausbildungsbetreuer, auch die Lehre muss adäquat bezahlt werden. Wer sich in Ausbildung befindet, darf auch nicht als Kompensation für fehlendes Personal gelten.

Weitere wichtige Punkte sind die Neugestaltung der Personal-Schlüssel sowie allgemeine Verbesserungen der Rahmen- und

Arbeitsbedingungen bis hin zu Handlungsempfehlungen, wie der Personalbedarf in Zukunft zu decken ist. Dabei werden auch die Langzeitpflege und Langzeitbetreuung ebenso miteinbezogen wie die Mobile Pflege.

„Umfassend und rasch handeln ist jetzt angesagt, der Wertschätzung, die dem Pflegepersonal während der Krise entgegengebracht wurde, müssen nun konkrete Taten folgen, damit wir unseren hohen sozialen Standard und unser ausgezeichnetes Pflegepersonal nicht verlieren“, so Zangerl.

AK ERHEBUNG

Große Preisspannen beim PKW-Pickerl

Unterschiede von bis zu 149,23 Prozent: Das ist das Ergebnis der aktuellen AK Preiserhebung zur Pickerlüberprüfung, der § 57a-Begutachtung bei Pkw. Bei Benzinmotoren kostete sie inkl. Plakette zwischen 39 und 97,20 Euro, bei Dieselmotoren zwischen 46 und 98,28 Euro. Beim ÖAMTC zahlten Mitglieder 43,80 Euro, beim ARBÖ 49,40 Euro – inkl. Plakette und für Benzin- sowie Dieselmotoren.

AK Tipp: Beim Preisvergleich bedenken, dass viele Vertragswerkstätten auch Fremdmarken überprüfen bzw. reparieren. Fragen Sie, ob Ihre Werkstätte die Pickerlüberprüfung im Zuge eines Service evtl. gratis oder günstiger macht. Die AK Tirol bedankt sich bei den 109 Anbietern, die mitgemacht haben. Mehr auf www.ak-tirol.com

© Industrieblick/stock.adobe.com

Achtung, Facebook-Falle!

Datenklau. Vermehrt werden Facebook-Benutzer in letzter Zeit aufgefordert, Anmeldedaten preiszugeben, um eine Sperre zu verhindern. Gibt man diese aber ein, ist das Konto gehackt und man hat keinen Zugriff mehr!

Habe ich etwas Falsches gepostet oder etwas Unerlaubtes gemacht? Das fragen sich in letzter Zeit mehrere Facebook-Nutzer. Denn ein vermeintliches „Facebook-Sicherheitszentrum“ erwähnt sie in einem Post. Darin steht, dass das Konto deaktiviert werde, weil die Nutzungsbedingungen verletzt worden seien. Dies könne nur vermieden werden, wenn man sein Konto bestätige und auf einen Link im Post klicke. Aber Achtung: Dieser Link führt nur angeblich auf die Anmeldeseite von Facebook! Sobald man auf dieser Fake-Seite Benutzername und Passwort eingegeben hat,

erscheint zwar noch normal der Newsfeed, doch kurz darauf haben Benutzer keinen Zugriff mehr auf ihr Profil. Es wurde gehackt.

So funktioniert

Die Hacker machen sich einen Domino-Effekt zunutze, mit dem sie Zugriff auf immer mehr Konten erhalten: Sobald der User auf den Link klickt und die Anmeldedaten eingibt, erhalten sie Zugang zum Konto und erstellen eine neue Fake-Seite. Dazu ersetzen sie den User-Namen durch „Sicherheitszentrum“ und das Profilbild durch ein Facebook-Logo. Dann erstellen sie wiederum Statusbeiträge und erwähnen Freunde aus der dazugehörigen Freundesliste usw.

Tipps gegen Datenklau

- Nutzen Sie ein einmaliges, sicheres Passwort.
- Geben Sie Ihr Passwort nie an Dritte weiter.

- Offizielle Warnungen von Facebook erhalten Sie per eMail von einer authentischen eMail-Adresse des Konzerns.
- Richten Sie unbedingt die zweistufige Authentifizierung für Ihr Konto ein. So werden Sie über jeden Anmeldeversuch auf Ihrem Konto informiert und müssen eine Freigabe erteilen.
- Antworten Sie nicht auf eMails, deren Absender Sie nicht zuordnen können. Klicken Sie keine Links aus unsicheren Quellen oder Anhänge in eMails von Absendern an, die Sie nicht kennen oder ungewöhnlich erscheinen.
- Überprüfen Sie Ihre Facebook-Privatsphäre-Einstellungen und beschränken Sie alle Zugriffe auf das Nötigste.

AK KONSUMENTENSCHUTZ

Die AK Konsumentenschützer helfen unter **0800/22 55 22 - 1818**, per eMail an konsument@ak-tirol.com

Pelz-Nepp: Klage gegen Auktionshaus

AK Erfolg. Die AK Tirol unterstützte die Klage einer Konsumentin gegen das Südtiroler Auktionshaus. Ihr Pelzmantel wurde beschädigt, jetzt bekam die betroffene Frau ihr gesamtes Geld zurück.

Eigentlich hätte der alte Pelzmantel 2.500 Euro bringen sollen. Doch Geld gab es keines, im Gegenteil: Für die betroffene Konsumentin entstanden noch zusätzliche Kosten. Im Frühjahr 2019 besuchte Anna Abler* eine Veranstaltung des Südtiroler Auktionshauses, das alten Pelz zu Geld machen will. Ein Mitarbeiter schätzte das angeblich wertvolle Stück auf mehr als 2.000

Euro. Bevor der Pelzmantel allerdings verkauft werden könnte, wurde eine Reinigung gefordert. Im Hinblick auf den Verkaufserlös zahlte Frau Abler die Reinigungskosten von 220 Euro. Ihr Mantel wurde nicht verkauft und erst nach neun Monaten retourneschickt, die Kosten für den Versand musste sie selbst tragen. Kein Einzelfall: Tatsächlich wurde vom Südtiroler Auktionshaus in keiner der zahlreichen Beschwerden, die der AK Tirol vorliegen, Mäntel verkauft.

Diese wurden, wie im Fall von Anna Abler, erst nach Monaten und teilweise schwer beschädigt zurückgeschickt.

Klage folgt. Dermaßen geschädigt wandte sich Frau Abler an die AK Tirol, die zivilrechtliche Klage einbrachte. In Zuge der Klage stellte ein Sachverständiger schließlich fest, dass der Pelzmantel keinesfalls fachgerecht gereinigt, sondern sogar beschädigt wurde. Auch der angegebene Marktwert war weit

überzogen und betrug laut Gutachten anstatt der in Aussicht gestellten 2.500 lediglich 200 Euro. Deshalb wurde das Südtiroler Auktionshaus auf Erstattung des bezahlten Reinigungspreises und der Versandkosten geklagt und Schadenersatz gefordert. Zur Verhandlung erschien die gegnerische Partei jedoch nicht – das Auktionshaus wurde zur Zahlung von 812,77 Euro verurteilt. Doch das Geld blieb zunächst aus. Bezahlt wurde die offene Forderung erst,

als eine italienische Anwaltskanzlei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen einleitete. Die Arbeiterkammer Tirol brachte zudem eine gesammelte Sachverhaltsdarstellung zahlreicher Fälle bei der Staatsanwaltschaft Innsbruck ein. Die Ermittlungen laufen – Betroffenen wird geraten, Anzeige bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft Innsbruck zu erstatten oder sich an die Konsumentenschutzexperten der AK Tirol zu wenden unter **0800/22 55 22 - 1818**.

*Name von der Red. geändert

„Das Virus wird nicht verschwinden“

Im Gespräch. Wir werden lernen müssen, mit dem Virus zu leben, sagt Priv.-Doz. Dr. Igor Theurl im Interview mit der Tiroler Arbeiterzeitung. Weiters erklärt der Labormediziner, welche Rolle Immunsystem und Antikörper bei SARS-CoV-2 spielen, und warum die Folgen von Long-Covid, vor allem bei Kindern, nicht unterschätzt werden dürfen.

Labormediziner Theurl: „Jeder Patient ist impfbar und das auch trotz bestehender Antikörperzahl.“

TAZ: Die Fallzahlen steigen wieder, ebenso die Hospitalisierungszahlen. Was sind Ihrer Ansicht nach die Gründe dafür?

Igor Theurl: Es ist ähnlich zum letzten Jahr: Im Sommer nahm man das Geschehen wieder lockerer, die Fallzahlen waren niedriger, die Treffen wurden häufiger, es gab wieder eine gewisse Sorglosigkeit, die aber auf der anderen Seite nötig ist. Schließlich müssen wir in unsere gewohnte Lebensweise zurückfinden. Weitere Gründe für die steigenden Zahlen ist auch die Deltavariante, die einfach infektiöser ist, und natürlich ist die Durchimpfungsrate zu niedrig. Deshalb ist es sinnvoll, auf die Belegungszahlen der Intensivstationen zu achten und auf die Todesfälle, diese steigen aber nicht in dem Maß, wie es bereits der Fall war. Den Ansatz eher auf die Belegung der Intensivbetten zu achten, als auf die reine Inzidenz, halte ich deshalb für richtig.

TAZ: Es gibt noch immer eine große Zahl an Personen, die der Impfung kritisch gegenüberstehen. Zurecht?

Theurl: Bei vielen spielt hier die Angst eine große Rolle, aber es gibt natürlich Personen, die sich bewusst gegen eine Impfung entschieden haben, und diese werden wir nicht erreichen. Für mich steht außer Zweifel, dass die Impfung das entscheidende Instrument ist, um die Pandemie in den Griff zu bekommen. Aber es muss uns auch klar sein, dass das Virus nicht verschwinden wird. Wir werden lernen müssen, mit ihm zu leben. Es ist aber unbestritten, dass die Situation ohne Impfung dramatisch wäre.

TAZ: Welche Rolle spielt es, dass auch Geimpfte das Virus verbreiten können?

Theurl: Es ist richtig, dass auch geimpfte Personen infektiös sein können, aber es sieht so aus, als ob jene, die nach einer Impfung viele Antikörper aufweisen, eher geringere Überträger sind. Die Impfung wirkt ja wie ein Schild, und auch hier ist es individuell verschieden, wie groß das Schild ist, das man quasi vor sich herträgt. Aber – und das ist entscheidend – man hat ein Schild und dadurch sind viele Geimpfte auch imstande, Infektionsketten zu unterbrechen. Und das ist entscheidend bei der Bekämpfung der Pandemie.

TAZ: Scheinbar spielt auch das Immunsystem bei dieser Infektion eine wichtige Rolle...

Theurl: Sieht man sich die neuesten Zahlen an und betrachtet den Unterschied der Inzidenz zwischen Geimpften und Ungeimpften abhängig vom Alter, dann sieht man, dass in der Gruppe der geimpften Jungen, bei denen das Immunsystem sehr gut ist, enorm viele Antikörper und damit auch ein riesiges Schild aufgebaut wird. In der Gruppe der 65-Jährigen, bei denen das Immunsystem schwächer ist, ist der Anteil jener, die viele Antikörper nach der Impfung ausbilden, geringer. Deshalb macht es hier auch Sinn, die ältere Bevölkerung wieder zu impfen, denn tendenziell dürften ältere Menschen weniger Antikörper entwickeln.

TAZ: Es werden derzeit Auffrischungsimpfungen empfohlen. Gibt es klar definierte Grenzwerte in Bezug auf die Zahl von

Antikörpern, die notwendig sind, um geschützt zu sein?

Theurl: Nein, derzeit gibt es keine klare Grenze, die besagt, wie viele Antikörper jemand braucht, um ausreichend geschützt zu sein. Aber aus meiner Sicht macht eine Auffrischungsimpfung Sinn, vor allem bei älteren Menschen, das werde ich auch in meinem Fami-

„Was, wenn unsere Jugendlichen und Kinder sich anstecken und dann daran ein Leben lang leiden, weil wir die Impfung nicht ernst genug genommen haben? Darüber lohnt es sich nachzudenken.“

Dr. Igor Theurl, Internist und Labormediziner

lienkreis so handhaben. Ob der Impfschutz dauerhaft erneuert werden muss, ist derzeit nicht klar, es kann auch nach der dritten oder vierten Booster-Impfung ein konstant hoher Spiegel entstehen, der weitere Auffrischungen unnötig macht. Diese Studien, bei denen die Antikörperbildung genau beobachtet wird, laufen ja ständig mit. Diese Untersuchungen sind aber sehr langwierig und wir lernen hier ständig dazu. Was wir aber sehen ist, dass das Nachimpfen bei älteren Personen einen

weit größeren Effekt erzielt und zu mehr Antikörpern führt, als bei den Jungen. Das kommt aber vor allem daher, dass ältere Menschen mit weniger Antikörpern in die dritte Impfung gehen.

TAZ: Es gibt Mediziner, die Personen nicht impfen, da sie eine scheinbar zu hohe Antikörperkonzentration aufweisen. Ist das

verbindlichen Grenzwerte für die Antikörperzahl haben. Wir wissen also nicht, wie viele Antikörper es braucht, um geschützt zu sein. Sollte sich aber zeigen, dass, nur um eine Zahl zu sagen, 200 Antikörper ausreichen um geschützt zu sein, ist es unerheblich ob Sie 200 oder 5.000 haben. Aber ich verstehe natürlich das persönliche Interesse eines jeden. Auch ich kenne meinen Antikörper-Spiegel.

TAZ: Haben Sie einen Rat für jene, die noch unentschlossen sind, sich impfen zu lassen?

Theurl: Viele wissen heute nicht mehr welche enormen Vorteile wir als Gesellschaft durch Impfungen hatten. Wir haben furchtbare Krankheiten wie die Kinderlähmung bezwungen und wir schützen etwa unsere Kinder mit Masern-, Mumps und Rötelnimpfungen. Gleichzeitig schützen wir damit unsere Kleinsten, die knapp nach der Geburt nicht geimpft werden dürfen, indem wir Infektionsketten gar nicht zulassen. Wäre das nicht so, hätten wir ein großes Problem. Bei Covid haben viele Menschen eine andere Haltung eingenommen, obwohl die Folgen ebenso gravierend sein können. Und wir sollten neben den Folgen einer Corona-Erkrankung auch die Folgewirkungen nicht vergessen, das sogenannte Long-Covid-Syndrom: Was, wenn unsere Jugendlichen und Kinder sich anstecken und dann daran leiden, weil wir die Impfung nicht ernst genug genommen haben? Das kann sich ein Leben lang auf diese Generation auswirken. Darüber lohnt es sich nachzudenken.

Ihrer Ansicht nach sinnvoll?

Theurl: Es gibt meiner Ansicht nach nicht ein Zuviel an Antikörpern, so dass man sagen könnte, man impft den Patienten nicht bzw. nicht mehr. Jeder Patient ist impfbar und das auch trotz bestehender Antikörperzahl. Niemand kann Ihnen sagen, was viel ist, vor allem nicht, was zu viel sein soll.

TAZ: Es werden aber auch Antikörpertests vor Impfungen empfohlen...

Theurl: Das Problem ist wie gesagt, dass wir hier noch keine

AK Tirol auf der Innsbrucker Herbstmesse

Besuchen Sie uns im AK Schutzhaus auf der Innsbrucker Herbstmesse und holen Sie sich von 6. bis 10. Oktober Rat und Informationen von unseren Konsumentenschutz-Experten!

www.ak-tirol.com

100
JAHRE
GERECHTIGKEIT

Fall für das AK Sozialrecht: Ein Tiroler erkrankte im Ausland auf einer Großbaustelle an Corona. Eine Ansteckung im beruflichen Umfeld ist aus rechtlicher Sicht naheliegend. Die AK geht vor Gericht.

Und plötzlich kam Corona

Verfahren. Gilt es als Berufskrankheit oder als Arbeitsunfall, wenn man sich bei seiner Arbeit mit Corona ansteckt? Die AK Tirol hat für einen Betroffenen Klage eingebracht.

Corona und die Auswirkungen der Pandemie betrafen praktisch alle Lebensbereiche. Das zeigte sich in den tausenden Anfragen in der AK Tirol.

So meldeten sich in der sozialrechtlichen Abteilung der AK Tirol gleich mehrere Betroffene, die sich mit dem Corona-Virus infiziert haben und bei denen die Infektion in Ausübung der Arbeit erfolgt sein muss. In einem Fall sogar im Ausland.

Daraus ergibt sich die Frage, ob Covid-19 grundsätzlich als Berufskrankheit oder allenfalls als Arbeitsunfall gewertet werden kann – und ob diese Infektion damit in die Zuständigkeit der staatlichen Unfallversicherungsträger fällt. Beides ist möglich. Ob die Voraussetzungen vorliegen, muss in jedem Einzelfall nach erfolgter Mel-

dung von diesem geprüft werden. Vom Ergebnis hängt nicht nur ab, von wem die Kosten etwa für Spitalsaufenthalte, Krankentransporte oder Reha-Maßnahmen u.v.m. zu tragen sind, sondern auch, wer für finanzielle Ansprüche aufgrund der verbliebenen Folgen aufkommen muss.

In den der AK Tirol vorliegenden Fällen wurde die Infektion mit Covid-19 vom Unfallversicherungsträger weder als Berufskrankheit, noch als Arbeitsunfall anerkannt. Die Richtigkeit dieser Entscheidungen soll nun in mehreren Verfahren vor dem Sozialgericht geklärt werden, die AK Tirol hat dafür den Rechtsschutz übernommen.

Klage. So auch im Fall jenes Tirolers, der von einem international tätigen Unternehmen als Arbeit-

nehmer auf eine Großbaustelle ins Ausland entsandt wurde und dort im Auftrag seines Arbeitgebers tätig war.

Fakt ist: Der Beschäftigte erkrankte an Covid-19. „Und weil dies im Zuge seines Arbeitseinsatzes erfolgt sein muss, ist eine Ansteckung im beruflichen Umfeld aus rechtlicher Sicht mehr als naheliegend“, betont AK Präsident Erwin Zangerl.

Infektionsrisiko. Dennoch ging der zuständige Versicherungsträger in diesem Fall davon aus, dass es sich nicht um eine Berufskrankheit handle. Denn seiner Meinung nach sei die Infizierung nicht in einem Unternehmen mit erhöhtem Infektionsrisiko im Vergleich zum Allgemeinrisiko erfolgt, nur dann wäre eine Anerkennung als Berufskrankheit zu rechtfertigen

(mehr zur „Liste der Berufskrankheiten“ finden Sie in der rechten Spalte).

Deshalb muss jetzt vom Landesgericht Innsbruck als Arbeits- und Sozialgericht geklärt werden, ob die ausgeübte Tätigkeit in den Bereich der Unternehmen mit erhöhtem Infektionsrisiko fällt. Ist dies nicht der Fall, muss geprüft werden, ob allenfalls ein Arbeitsunfall vorliegt. Zangerl: „Damit soll Klarheit geschaffen werden, nicht nur für diesen Betroffenen, sondern auch für viele weitere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen eine vergleichbare Situation vorliegt.“

AK SOZIALRECHT

Die AK Sozialrechtsprofis helfen unter 0800/22 55 22 - 1616 oder sozialpolitik@ak-tirol.com

Liste der Berufskrankheiten

In der „Liste der Berufskrankheiten“ werden alle Krankheiten angeführt, die im Sinne der Unfallversicherung als Berufskrankheit gelten, wenn sie „durch Ausübung der die Versicherung begründenden Beschäftigung“ in einem der angeführten Unternehmen verursacht wurden.

Insgesamt sind in der Liste 38 Berufskrankheiten und jeweils bestimmte Unternehmen angeführt. Unter dem letzten Punkt 38 werden alle in Frage kommenden Unternehmen aufgezählt, bei denen **Infektionskrankheiten als Berufskrankheit** gelten:

„Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Entbindungsheime und sonstige Anstalten, die Personen zur Kur und Pflege aufnehmen, öffentliche Apotheken, ferner Einrichtungen und Beschäftigungen in der öffentlichen und privaten Fürsorge, in Schulen, Kindergärten und Säuglingskrippen und im Gesundheitsdienst sowie in Laboratorien für wissenschaftliche und medizinische Untersuchungen und Versuche sowie in Justizanstalten und Haftstätten der Verwaltungsbehörden bzw. in Unternehmen, in denen eine vergleichbare Gefährdung besteht“

AK REUTTE

Mein Wille als Patient

Selbstbestimmtes Handeln im Krankheitsfall oder am Lebensende ist vielen Menschen ein wichtiges Anliegen. Mit einer Patientenverfügung können Sie schon vorab bestimmte medizinische Behandlungen ablehnen – für den Fall, dass Sie als Patient dazu nicht mehr in der Lage sind. In einer Vorsorgevollmacht legen Sie fest, wer als Bevollmächtigter für Sie entscheidet oder Sie vertritt. Alle Details dazu erklärt RA Mag. Harald Rossmann beim kostenlosen Infoabend „**Mein Wille als Patient**“ in der AK Reutte, Mühler Straße 22, am Donnerstag, 7. Oktober, um 18.30 Uhr. Gleich anmelden unter 0800/22 55 22 - 3636 oder reutte@ak-tirol.com

Vorsicht bei Powerbanks!

Warnung. So praktisch die mobilen Ladestationen sind: Bei falscher Nutzung können sie zu brennen beginnen oder gar explodieren. Die AK Experten raten zur Vorsicht.

So praktisch Powerbanks sind, bei falscher Anwendung können sie auch gefährlich werden! Die AK Konsumentenschützer raten deshalb, schon beim Kauf darauf zu achten, dass das Gerät ein CE-Siegel trägt.

Tipps für den sicheren Umgang

- Powerbank nur unter Aufsicht laden und kontrollieren, ob das Gerät nicht zu heiß wird – am besten bei Raumtemperatur im trockenen Zustand und an brand-sicherer Stelle. Laden in der Nacht vermeiden.

- Bläht sich eine Powerbank auf und wird heiß, fällt hinunter oder ist defekt, sollte sie nicht mehr aufgeladen werden – auch nicht sichtbare Beschädigungen können zu Kurzschluss und Brand führen.

- Nie im Auto liegen lassen, im Bett oder in der Hosentasche aufladen! Eine Überhitzung löst thermische Reaktionen aus, die Folge können Explosionen sein.

- Tiefentladung vermeiden: Sie entsteht, wenn das Gerät im Winter in kalten Räumen aufbewahrt oder (jahre-)lang nicht genutzt wird. Durch die vollständige Entladung kann der Akku beschädigt werden. Beim Aufladen sind Explosionen oder Brände nicht ausgeschlossen.

Beginnt eine Powerbank zu brennen, helfen

Löschdecke, Wasser oder Handfeuerlöscher. Nach dem Löschen von brennbaren Gegenständen entfernen und im Wasserbad oder im Freien abkühlen lassen.

Achtung: Selbst wenn es so aussieht, als ob der Brand gelöscht sei, kann sich die Batterie nach Minuten oder auch erst Stunden erneut entzünden. Vorsicht ist also geboten!

AK KONSUMENTENSCHUTZ

Die AK Konsumentenschützer helfen unter 0800/22 55 22 - 1818, per eMail an konsument@ak-tirol.com

Die dunkle Seite der E-Mobilität

Auto-Akkus. Noch gibt es mehr Pkw mit Verbrennungsmotoren, doch die Politik pocht auf den Einsatz von umweltschonenden E-Autos. Die Herstellung eines Auto-Akkus ist aber bei genauerem Hinsehen nicht unbedingt klimaneutral und alles andere als umweltfreundlich.

Lithium-Abbau. Die Uyuni Salzebene in Bolivien (o.) zählt neben den Salzflächen in Argentinien und Chile weltweit zu den Hauptlieferanten von Lithium. Dies jedoch auf Kosten der Bevölkerung.

Neue AZ-Serie: Die andere Seite der Energiewende

Der Abbau von Lithium wird unsere Gemeinden und unsere Landschaft umbringen. Ihr glaubt, damit könnt ihr die Menschheit retten, aber ihr werdet uns alle umbringen“, sagt Clemente Flores. Der Argentinier ist gewählter Sprecher von 33 Gemeinden an der Grenze zwischen Argentinien, Bolivien und Chile, dem sogenannten Lithiumdreieck. Hier, in den großen Salzebenen, sollen 70 Prozent der weltweiten Vorkommen lagern. Ein riesiger Schatz, denn Lithium ist notwendig für den Bau von Handys, Laptops und vor allem Akkus von Elektroautos.

Gemeinsam mit den Einwohnern der Region will Flores aber verhindern, dass das Leichtmetall abgebaut wird. Denn überall dort, wo die Rohstoffe gewonnen werden, zeigt sich die negative Seite der Energiewende: Der Ab-

bau zerstört die Umwelt, lässt die Zahl arbeitender Kinder steigen und fordert Menschenleben. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Denn allein seit 2016 hat sich der weltweite Lithiumabbau mehr als verdoppelt und Experten schätzen, dass bis 2030 jedes Jahr mehr als 240.000 Tonnen Lithium in der Automobilindustrie gebraucht werden. Für Autos, die die Umwelt schonen sollten.

Seitdem in Clemente Flores' Heimat Bergbauunternehmen mit ihren Maschinen auffahren und die großen Salzflächen in Argentinien, Bolivien und Chile umgraben, vertreiben sie Menschen und Tiere und verunreinigen vor allem das lebensnotwendige Trinkwasser, denn mit jeder gewonnenen Tonne Lithium gehen 2 Millionen Liter davon verloren. Ohne Süßwasser gibt es jedoch keine Viehzucht und keine Landwirtschaft, von denen die Menschen dort leben. „Wir waren zuerst einfach unzufrieden damit, dass man uns nicht fragte. Das Einzige, was wir wirklich wussten, war: Der Staat will Batterien. Aber wir können keine Batterien essen. Wir essen das,

was wir hier anbauen“, so Clemente Flores.

Und das wird immer weniger, denn für den Abbau braucht man Wasser. Experten gehen jedoch davon aus, dass die Süßwasserverluste das Leben in der Region schon bald unmöglich machen.

Kobalt aus der Stadt. Während der Abbau von Lithium in Südamerika auf den großen Salzebenen erfolgt, wird andernorts direkt in Wohnvierteln nach

„Der Abbau von Lithium wird unsere Gemeinde und unsere Landschaft umbringen.“

Clemente Flores, Sprecher der betroffenen Gemeinden im sogenannten Lithiumdreieck

wichtigen Bestandteilen für Akkus von E-Autos geschürft. Wie im Kongo, wo in einem Stadtteil der 450.000 Einwohner zählenden Stadt Kolwezi die Menschen bereits am frühen Morgen in Kleinminen zu graben begin-

nen. Die Schächte sind bis zu 50 Meter tief und gerade einmal breit genug, um sich hindurchzuzwängen. Helme, Schutzkleidung, Sicherung oder Atemmasken gibt es keine, tödliche Unfälle gehören zum Alltag. Da Sicherheitsvorschriften nur theoretisch gelten, arbeiten bereits elfjährige Kinder in den Minen. Mit einem Lohn von umgerechnet 1,50 Euro pro Tag helfen sie, ihre Familien zu versorgen.

Gewonnen wird das Kobalt aus Kupfer- und Nickelerzen per Hand. Rund 13 Kilogramm davon werden für einen Akku mit 90 Kilowattstunden benötigt. 2020 wurden weltweit 140.000 Tonnen des Rohstoffs abgebaut, 95.000 davon allein in der Demokratischen Republik Kongo. Als Big Player dabei erweisen sich chinesische Unternehmen, die neun der zehn größten Kobaltminen im Kongo betreiben. Dass die Herstellung von Akkus ein überaus profitabler Industriezweig ist, hat die Regierung in Peking früh erkannt. Innerhalb kürzester Zeit ist China so zum weltweit größten Produzenten von aufladbaren Akkus gewor-

den. Das Kobalt aus dem Kongo hat so bis zu seinem Einsatz in europäischen Autos bereits eine halbe Weltreise hinter sich gebracht.

Alternativen zu Lithium-Ionen-Batterien für den Antrieb von Elektroautos sind gesucht. Zwar forschen Wissenschaftler weltweit über den Einsatz von Natrium-Ionen-Akkus, bei denen das Lithium durch das weit häufiger in der Natur vorkommende Natrium ersetzt werden soll, das auch in Kochsalz enthalten ist. Ob der Natrium-Ionen-Akku jedoch ein vollwertiger Ersatz sein wird, ist umstritten. Auch eine Renaissance herkömmlicher Brennstoffzellen steht im Raum.

Bis sich eine wirkliche Alternative zu den aktuellen Akkus durchgesetzt hat, werden jedoch Jahre vergehen. Für die Menschen und die Umwelt in den betroffenen Regionen wird sich wenig ändern, für sie ist der E-Auto-Boom ein Fluch, sagt auch Clemente Flores: „Bisher konnten wir hier keine Autos. Schon gar keine Elektroautos – die kennen wir nur vom Foto.“ Und das wird vermutlich so bleiben.

AK: Wir sorgen für Ihr Recht im Job!

Rat und Hilfe von den AK Arbeitsrechtsexperten unter 0800/22 55 22 –1414

Fragen zum Arbeitsrecht

Unbezahlte Überstunden, Krankenstand oder Kündigung: Immer wieder tauchen im Job arbeitsrechtliche Fragen auf. Wenden Sie sich gleich an uns – wir beraten Sie gerne und kostenlos!

Hilfe und Beratung

Für Ihre Fragen steht das Team der AK Rechtsberaterinnen und -berater unter der Hotline 0800/ 22 55 22 – 1414 gerne zur Verfügung. Infos gibt es auch auf www.ak-tirol.com

AK – wir setzen uns für Sie ein

Allein im Jahr 2020 leisteten die Tiroler AK Arbeitsrechtsexperten mehr als 104.000 Beratungen und erzielten fast 9,5 Mio. Euro bei erfolgreichen Vertretungen für die Mitglieder.

WUSSTEN SIE,
DASS DIE AK TIROL FÜR
IHRE MITGLIEDER 2020
48,6 MILLIONEN EURO
ERKÄMPFT HAT?

Teure Schule durch Corona

AK Studie. Geht es um den Schulerfolg der Kinder, sollten Eltern über drei Dinge verfügen: Zeit, Bildung und Geld. Soweit die aktuelle AK Schulkostenstudie. Sie zeigt auch, dass die Schiefelage durch Corona noch verstärkt wurde und viele Familien unter Druck gerieten.

Der Schulbesuch ist für viele Familien ein großer finanzieller Brocken. Doch im Corona-Schuljahr 2020/21 explodierten die schulisch bedingten Ausgaben pro Kind in Tirol auf 1.233 Euro und österreichweit auf 1.468 Euro (2015/16 waren es 730 bzw. 855 Euro). Für alle ihre Kinder mussten Tiroler Eltern 2020/21 durchschnittlich 1.794 Euro (österreichweit 2.132 Euro) ausgeben.

Das ist ein Ergebnis einer aktuellen Studie, für die zwischen 1. September 2020 und 10. Juli 2021 vom Forschungsinstitut SORA in Tirol 354 Eltern mit 533 Kindern (österreichweit 2.916 Eltern mit 4.335 Kindern) befragt wurden.

„Die Situation hat sich durch Corona massiv verschlechtert“, berichtet AK Präsident Erwin Zangerl. „Klar im Vorteil sind Eltern, die über Zeit, Bildung und Geld verfügen.“

Finanzielle Belastung. Im Schnitt flossen 8 % des Jahreseinkommens in den Schulbesuch. In armutsgefährdeten Haushalten bzw. bei vielen alleinerziehenden Eltern war dies mehr als ein Sechstel des Jahreseinkommens!

Österreichweit gab ein Fünftel aller Familien ein Monatshaushaltseinkommen für den Schulbesuch aus, 6 % sogar zwei.

Betreuung. Auch die Kinderbetreuung wurde für viele zur Herausforderung. Während 52 % der Akademikerinnen und Akademiker ihre Arbeit ins Homeoffice verlegen konnten, mussten z. B. Beschäftigte – darunter jene in „systemrelevanten“ Berufen – weiter an ihren Arbeitsplatz. In Produktionsberufen (52 %), im Gesundheits- und Sozialwesen (48 %) oder im Handel (47 %) fiel es Eltern am schwersten, die Betreuung sicherzustellen.

Knapp bis zu 70 % aller Eltern bezeichneten sich sowohl im Frühjahr 2020 als auch von Dezember 2020 bis Februar 2021 als sehr oder ziemlich gestresst, da sie als „Ersatz-Lehrperson“ fungieren mussten.

Psychische Folgen. Angst um den Arbeitsplatz, vor

Ansteckung, gestiegene Schulkosten u.v.m.: Im Oktober 2020 sagten 40 % der Tiroler Eltern, ihre eigene psychische Gesundheit habe sich gegenüber dem Frühjahr verschlechtert. Im Februar 2021 gaben dies bereits 58 % aller Eltern an. Das betraf auch die Kinder, die zudem unter den Kontaktbeschränkungen litten.

Die AK Tirol fordert

- Schulen, in denen genug Zeit für Fragen, Lernen und Üben bleibt: eine kostenlose Ganztagschule für jedes Kind in Wohnumgebung.
- kostenlose Lernbegleitung für alle, die sie in Anspruch nehmen möchten – in Anlehnung an das tolle Projekt von AK, Land Tirol und BFI.
- Bonuszahlung der Familienbeihilfe pro Schülerin bzw. Schüler.
- Sonderzahlung für alle, die SchülerInnenbeihilfe beziehen, sowie eine weitere Erhöhung der SchülerInnenbeihilfe.

Teure Schule. Ein Fünftel der Familien gibt ein Monatsgehalt für den Schulbesuch aus...

Mehr Details auf www.ak-tirol.com

Aktuelle Seminare

Großer Kursstart Fremdsprachen
Ab 5. Oktober 2021

Studienberechtigungsprüfung - Studium ohne Matura
Start am 4. Oktober 2021

Fachlehrgang Webdesign und Social Media Basis
Start am 5. Oktober 2021

Diplomlehrgang Psychologische Beratung/ Lebens- und Sozialberatung
Start am 9. Oktober 2021

Ausbildung betrieblicher Nachhaltigkeitsberater_in
Start am 14. Oktober 2021

Programmierakademie Berufsbegleitend Basis
Start am 18. Oktober 2021

Basismodul für die Berufe zum/zur Kosmetiker_in und Fußpfleger_in
Start am 18. Oktober 2021

Diplomlehrgang Interdisziplinäre Frühförderung und Familienbegleitung
Start am 28. Oktober 2021

www.bfi.tirol

AK FRAKTIONEN ZUM THEMA

Kalte Progression: Abzocke zu Lasten der Beschäftigten

Kalte Progression erhitzt das Klima

Liste Erwin Zangerl, AAB-FCG

Nicht nur, dass die Steuerlast in Österreich überproportional hoch ist, kommt auch noch eine versteckte Steuererhöhung hinzu, die man fix in das System eingebaut hat. Die Rede ist

von der Kalten Progression, die Jahr für Jahr den Beschäftigten ihr hart verdientes Geld wegfrisst. Finanziert werden damit „Steuerentlastungen“, die nichts weiter als PR-Gags sind, denn diese Entlastungen bezahlen sich die Beschäftigten selbst. Stichwort „ökosoziale Steuerreform“: Bisher ist zwar wenig bekannt, es soll aber einen CO₂-Preis geben und die Steuerleistung soll sinken. Diese Senkung wird allerdings durch die Kalte Progression und die hohe Inflation verpuffen, während die CO₂-Steuer logischerweise mit der Zeit steigt, damit sie Wirkung zeigt. Die Wirkung wird sie bei den Beschäftigten auch zeigen, denn schon bald werden die Haushalte mehr Steuern bezahlen, als vor der Reform. Eine geplante Steuersenkung bei der Einkommenssteuer als Rückerstattung wird also durch die Kalte Progression aufgefrisst, Haushalte mit niedrigem Einkommen werden zusätzlich belastet. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung, denn ein solcher Zugang zum Thema Klimaschutz führt lediglich dazu, dass sich das Klima noch mehr erhitzt!

Erwin Zangerl, AK Präsident

Abschaffung wäre mehr als gerecht

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen, FSG

Der Zauberspruch für fast jede Regierung lautet „Kalte Progression“. Löhne und Gehälter werden bei KV-Verhandlungen angepasst bzw. erhöht. Trotzdem kann diese

Erhöhung dazu führen, dass jemand in die nächsthöhere Tarifstufe rutscht und mehr Steuern bezahlen muss. Vor allem ArbeitnehmerInnen werden durch diese schleichende Steuererhöhung zusätzlich zur Kasse gebeten. Steuern sind ja per se nicht negativ, da eine solidarische Gesellschaft nur so funktionieren kann. Wenn jedoch der Großteil des Steueraufkommens nur auf einzelne Gruppen in Österreich verteilt ist, viele Menschen zudem nicht mehr wissen, wie alles pünktlich bezahlt werden kann, wäre die Abschaffung mehr als gerecht sowie notwendig. Speziell die unteren Einkommen müssen hier spürbar entlastet werden. Im türkisgrünen Regierungsübereinkommen wurde die Abschaffung der Kalten Progression festgehalten: Papier ist aber sehr geduldig – das ist jedem in Österreich mittlerweile bewusst! Trotzdem darf es bei der angekündigten Ökosteuereform 2022 nicht dazu kommen, dass die Krisenkosten durch eine CO₂-Bepreisung ohne Rückerstattung bzw. Abschaffung der Progression, wieder nur die einfachen SteuerzahlerInnen allein schultern! Das wäre eine Mogelpackung!

Bernhard Höfler, Fraktionsvorsitzender

Ungerechtigkeit muss beendet werden

FPÖ

Die Kaufkraft reduziert sich, weil man mehr verdient. Das klingt bereits im ersten Moment völlig unlogisch und unfair, aber genau das passiert, wenn die Kalte Progression

zuschlägt. Grundlage für diese Ungerechtigkeit sind unsere progressiven Steuertarife, welche nicht automatisch an die jährliche Preissteigerungsrate angepasst werden. Vor allem für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen stellt diese heimliche Steuererhöhung seit Jahrzehnten eine untragbare Mehrbelastung dar.

Wir Freiheitliche fordern schon seit geraumer Zeit, dass die kalte Progression ein für allemal abgeschafft wird. Diese Forderung wäre einfach, gerecht und sofort umsetzbar, in dem man die Tarifstufen jährlich an die Inflation anpasst. Dazu bräuchte es lediglich eine kleine Änderung des § 33 EStG. Als Richtwert könnte der von der Statistik Austria jährlich berechnete Inflationswert dienen. Eine gesetzlich vorgeschriebene Anpassung der Steuertarife gibt es beispielsweise in den USA, Belgien, Dänemark und den Niederlanden. Es bräuchte lediglich etwas guten Willen der Bundesregierung, um diese Ungerechtigkeit zu beenden.

Patrick Haslwanger, Fraktionsvorsitzender

Kleine und mittlere Einkommen entlasten!

Grüne in der AK

Die Abschaffung der Kalten Progression führt zu weniger Steuergerechtigkeit. Die Hauptprofitierenden sind die hohen und höchsten Einkommen, für die es jetzt schon viele

Steuersparmöglichkeiten gibt. Es wird also von unten nach oben umverteilt. Am Ende sinken die Steuereinnahmen und Menschen mit niedrigem Einkommen müssen weiter über diverse Sozialleistungen unterstützt werden.

Hohe Einkommen sind dazu noch mit einer Obergrenze bei der Lohnsteuer bevorzugt und zahlen auch in der Sozialversicherung nur mehr einen Fixbetrag. Und jede Lohnerhöhung mit einem Prozentsatz wirkt sich natürlich auch viel höher aus. In anderen Ländern sorgen für diesen Einkommensbereich dann eine Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung für einen gewissen Ausgleich, was aber in Österreich fehlt. Außerdem kostet die Bewältigung der Coronapandemie viele Milliarden, von denen ja auch sehr viele schon profitiert haben. Es muss jetzt den Gutverdienenden nicht noch mehr gegeben werden. Wenn eine Steuerreform, dann muss diese aufkommensneutral sein, die kleinen und mittleren Einkommen entlasten und Lenkungsmaßnahmen zum Klimaschutz enthalten.

Helmut Deutinger, Fraktionsvorsitzender

FRIST BEACHTEN Schulstarthilfe rasch beantragen

Familien mit knappem Einkommen sollten nicht vergessen, um die Schulstarthilfe des Landes Tirol anzusuchen. Anträge für das Schuljahr 2021/22 müssen bis spätestens 30. September 2021 eingereicht werden!

Die Schulstarthilfe des Landes gilt für Kinder im Pflichtschulalter zwischen 6 und 15 Jahren. Der jährliche Zuschuss beträgt 150 Euro pro Kind, es gelten Einkommensgrenzen. Denken Sie daran, dass dem Antrag auch eine aktuelle Haushaltsbestätigung der jeweiligen Wohnsitzgemeinde beizulegen ist. Das Online-Formular sowie weitere Infos zu dieser Landesförderung gibts auf www.tirol.gv.at/schulstarthilfe. Die Auszahlung erfolgt im Herbst des laufenden Schuljahres.

SO GELINGT'S

Lernen für Schule, Beruf und Alltag

Lernen ist für viele Menschen ein schwieriges Unterfangen. Beim kostenlosen AK Infoabend „Lernen leicht gemacht“ erfahren Schüler, Eltern, Studenten und Arbeitnehmer, wie Lernen in Zukunft leichter fällt. Einen Abend lang gibt es Tipps nach den neuesten Erkenntnissen der Gehirnforschung – auch für die praktische Umsetzung.

Die nächsten Termine: **AK Landeck** (DW 3434), am Di. 21. September um 19 Uhr; **AK Kufstein** (DW 3333), am Do. 30. September um 18.30 Uhr; **AK Schwaz** (DW 3737), am Do. 19. Oktober um 19 Uhr. Anmeldung erforderlich unter **0800/22 55 22** und der jeweiligen Durchwahl (DW) oder per eMail. **Landeck:** landeck@ak-tirol.com **Kufstein:** kufstein@ak-tirol.com **Schwaz:** schwaz@ak-tirol.com

Bei Fragen und Problemen helfen die Jugendexperten der AK Tirol unter **0800/22 55 22** DW 1566

Lehrstart: Das musst du wissen!

Lehrbeginn. Von Probezeit über Freifahrt bis hin zum Notieren der Arbeitszeiten: Die Experten der AK Jugendabteilung geben Tipps, woran du in der ersten Zeit als Lehrling im Betrieb denken solltest!

3-monatige Probezeit

Die ersten 3 Monate des Lehrverhältnisses sind die so genannte Probezeit. Innerhalb der Probezeit kann sowohl der Lehrberechtigte als auch der Lehrling das Lehrverhältnis jederzeit ohne Angabe von Gründen lösen. Die Auflösung muss jedoch schriftlich erfolgen!

Freifahrt für Lehrlinge

Zu Beginn ist es für den Lehrling wichtig, die Lehrlingsfreifahrt zum Betrieb und zur Schule zu organisieren. Lehrlinge können die Freifahrt für Schüler und Lehrlinge zum Selbstbehalt von € 19,60 beantragen. Darüber hinaus bietet der VWT die Möglichkeit mit dem LehrPlus- bzw. SchulPlus-Ticket ein ganzes Jahr um € 99,80 in ganz Tirol unterwegs zu sein. Die notwendigen Formulare und Infos erhältst du bei der Arbeiterkammer oder dem Verkehrsverbund.

Berufsbild genau anschauen

Zu Beginn des Lehrverhältnisses solltest du dir das Berufsbild deines gewählten Lehrberufes genau anschauen. Darin ist aufgelistet, welche Fertigkeiten und Kenntnisse du während der Lehre erlernen musst.

Arbeitszeiten

Schreibe deine Arbeitszeiten lückenlos und verlässlich auf. Sollte es einmal Probleme geben, sind deine Arbeitszeitaufzeichnungen sehr hilfreich. Du darfst als Jugendlicher (bis 18 Jahre) in der Regel nicht länger als 8 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich arbeiten. Nur in seltenen Fällen darf von dieser Normalarbeitszeit abgewichen werden. Überstunden sind für Jugendliche verboten.

Lehrvertrag

Der Lehrvertrag sollte abgeschlossen werden, bevor du deine Lehre beginnst. Auf jeden Fall muss

er innerhalb von 3 Wochen nach Start deiner Lehre gemacht werden. Innerhalb dieser Frist muss dich dein Lehrbetrieb auch bei der Lehrlingsstelle als Lehrling anmelden. Sollte das nicht erfolgt sein, wende dich an die AK.

Berufsschule

Auch für Lehrlinge heißt es noch einmal: Schulbank drücken! Die/ Der Lehrberechtigte ist verpflichtet, den Lehrling innerhalb von zwei Wochen nach Beginn des Lehrverhältnisses an der Berufsschule anzumelden. Während der Schulzeit ist dienstfrei, die Lehrlingsentschädigung wird bezahlt.

AK Broschüren

Mehr Tipps und Infos über dein Recht als Lehrling zum Nachlesen gibt es in den kostenlosen Broschüren der AK Tirol wie etwa „Ausbildung Lehre“ oder „Dein Recht als Lehrling“. Gleich bestellen unter **0800/22 55 22 - 1566** oder herunterladen auf ak-tirol.com

AK INNSBRUCK & TELFS Jugend-Infoabend 14 Jahre, was nun?

Spätestens in der 8. Schulstufe stellt sich für viele Schüler die Frage, wie es weitergeht. Die AK hilft bei dieser schwierigen Entscheidung mit dem kostenlosen Infoabend „14 Jahre, was nun?“ in der AK Tirol in Innsbruck (DW 1515) am Mittwoch, 13. Oktober, ab 19 Uhr und in der AK Telfs (DW 3838) am Dienstag, 19. Oktober, ab 19.30 Uhr. Gleich Platz sichern unter **0800/22 55 22** und der jeweiligen Durchwahl (DW).

ACHTUNG: NEU!

Blockunterricht für Einzelhandel

Über 10.000 Jugendliche in Tirol machen eine Lehre. 10 Prozent davon im Einzelhandel. Bisher besuchten Einzelhandels-Lehrlinge ein- oder zweimal pro Woche die Berufsschule – die sich in der Regel im Wohnbezirk des Lehrlings befand, an den anderen Tagen arbeiteten sie im Betrieb. Ab Herbst 2021 wird der Unterricht auf Lehrgangs- bzw. Blockunterricht umgestellt und branchenrein unterrichtet. Der Lehrling besucht dann einmal pro Lehrjahr für knapp 9 Wochen die Schule. Durch diese Umstellung können für die Lehrlinge jedoch längere Fahrzeiten entstehen und eine Unterbringung in einem Berufsschulinternat könnte notwendig werden.

So sehen die Änderungen im Detail aus:

- Der Unterricht findet während des 9-wöchigen Zeitraums in der Regel von Montag bis Freitag statt.
- Neben der Berufsschule ist eine Beschäftigung im Betrieb nicht mehr zulässig. Ausgenommen davon sind die Weihnachts-, Semester-, Oster- und Pfingstferien. Wenn der Lehrling unter der Woche die Berufsschule besucht, darf er am Samstag nicht arbeiten.
- Während der Berufsschulzeit ergeben sich weder Minus- noch Plusstunden für das betriebliche Lehrverhältnis.
- Sollte eine Unterbringung in einem Internat notwendig sein, ist dies für den Lehrling kostenlos.

Bei Fragen stehen die Experten der AK Jugendabteilung unter **0800/22 55 22 - 1566** oder jugend@ak-tirol.com gerne zur Verfügung.

Von Boot restaurieren bis Musik produzieren: AK Rückenwind für Jugendliche!

Projekte

Die nationalen und internationalen Rückenwind-Angebote der AK Tirol werden unterschiedlichen Interessen junger Menschen gerecht:

„Bootsprojekt“ in Malta: Von 1. bis 31. Oktober wird ein altes Fischerboot restauriert.

„Nachhaltigkeitsprojekt V“ in Cornwall (UK): Von 4. bis 31. Oktober steht nachhaltiger Gartenbau im Mittelpunkt.

FutureLab „Kamera-Schnitt-Produktion“ in Innsbruck von 27. September bis 28. Oktober.

FutureLab „Beats und Musik produzieren“ in Innsbruck von 4. bis 28. Oktober.

Ab sofort könnt ihr euch auch für interessante Langzeitprojekte anmelden: Zum Beispiel als Gärtner:in oder

Ranger:in in Mount Edgecumb (UK). 6 bis 12 Monate Aufenthalt sind möglich.

Die kostenlosen von EU und AK Tirol finanzierten Rückenwindprojekte finden im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps statt und werden in Kooperation mit dem Verein CUBIC durchgeführt.

Info-Vormittage am 21.9. und 5.10.!

In der AK Jugendabteilung gibt es einmal pro Monat (Dienstag von 10 bis 12) Infos zu den Projekten. Ort: AK Jugendabteilung in Innsbruck, Schöpfstraße 2, 1. Stock, Seminarraum. Anmeldung unter rueckenwind@ak-tirol.com oder **0800/225522 - 1557**.

Infos & Kontakt:

Alle weiteren Infos gibts auf rueckenwind.ak-tirol.com oder unter der Nummer **0800/22 55 22 - 1217**.

Steig ein beim Zoom-Meeting!

Am 22. September um 11 Uhr findet ein Online-Rückenwind-Meeting per Zoom statt mit Infos zu den aktuellen Projekten. Einfach QR-Code scannen oder einsteigen unter <https://zoom.us/j/94037662631>

Für verwöhnte OHREN Scheiben zum GEWINNEN

KERSTIN OTT
„Nachts sind alle Katzen grau“

In ihrem vierten Studioalbum vertont Kerstin Ott menschliche Schicksale und berührende Alltagssituationen. Nach Diamant- und Platin-Auszeichnungen für ihre großen Hits wie „Die immer lacht“ oder „Regenbogenfarben“ bleibt Ott ihrem Stil von tanzbaren Popsongs bis zu intimen Balladen treu.

HELMUT LOTTI
„Italian Songbook“

Eine Sammlung italienischer Hits, die Helmut Lotti auf seine eigene romantische Art interpretiert. Die musikalische Auswahl ist sehr vielfältig, überraschend und wie immer arrangiert für ein großes Orchester. Auch „Bella Ciao“, der traditionellen Hymne an die Gerechtigkeit, drückt Lotti einen eigenen Stempel auf.

IMAGINE DRAGONS
„Mercury – Act 1“

Mit ihrem neuesten Album liefern Imagine Dragons aus Las Vegas einen bunten Genre Mix. Neben den typischen Liedern mit Rock- und Pop-Elementen und elektronischen Beats ist diesmal auch Platz für Funk, Punk, grungige Gitarrenklänge und sogenannte „Gute-Laune“-Musik.

SCHEIBE GEWINNEN

Schreib uns, welches dieser Alben bei dir laufen soll, und gewinn eine Scheibe des Monats!

eMail an gewinn@ak-tirol.com genügt, Name, Adresse und Telefonnummer nicht vergessen!*

LESUNG MIT AUTORIN NUNU KALLER

Schönheitswahn und Kaufrausch

Autorin Nunu Kaller hinterfragt humorvoll und ehrlich mit sich selbst, warum viele Frauen mit ihrem Aussehen hadern und Schönheit als ewiges Selbstoptimierungs-Projekt missverstehen. In Ihrem Buch „Fuck Beauty“ beschäftigt sie sich mit der Frage, warum sich immer mehr Frauen in ihrer Haut unwohl fühlen. Außerdem ist sie in ihrem Werk „Kauf mich!“ dem Konsumwahn auf der Spur und entlarvt Tricks der Supermärkte. Die Lesung mit Dialog findet am Montag, 18. Oktober, ab 19 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck, Maximilianstraße 7, statt. Der Eintritt ist frei. Gleich anmelden unter 0800/22 55 22 – 1548 oder ak-buecherei@ak-tirol.com

Karriere nach Babypause

AK Kursprogramm. Mit dem tollen Angebot der AK Tirol können sich Mütter ganz individuell auf den Wiedereinstieg ins Berufsleben vorbereiten. Die Teilnahme ist kostenlos – inklusive Kinderbetreuung! Gleich anrufen beim BFI unter Tel. 0512/59660.

Wenn Mütter wieder in den Beruf einsteigen möchten, ergibt sich für alle eine große Veränderung: Am Arbeitsplatz müssen sich die Frauen – in mitunter völlig neue Aufgabengebiete – einarbeiten, gleichzeitig sind sie das erste Mal vom Kind getrennt.

In dieser Situation kann eine gezielte Fortbildung zum Sprungbrett werden und neue Perspektiven eröffnen! Deshalb bietet die AK Tirol Müttern mit ihrem kostenlosen Wiedereinsteigerinnen-Programm die Möglichkeit, Qualifikationen und Selbstbewusstsein zu erwerben und sich optimal auf den Neustart vorzubereiten. Sogar die Kinderbetreuung während des Kursbesuchs wird von der AK Tirol kostenlos zur Verfügung gestellt.

Anmeldung & Info

Basis ist das persönliche Beratungsgespräch. Dabei wird geklärt, welcher Weg der passende sein kann und welche Schritte dafür erforderlich sind. Worauf also warten! Die Wiedereinsteigerinnen-Kurse starten im November. Deshalb gleich Termin im BFI Tirol in Innsbruck, Ing.-Ettel-Straße 7, vereinbaren unter Tel. 0512/59660 und Kursplatz sichern!

Mehr auf www.wiedereinstieg.tirol oder beim BFI-Servicecenter.

Die Fakten zum Erfolgsprogramm

Seit dem Start 2019 entwickelte sich dieses Angebot von AK und BFI Tirol zum Erfolg: Rund 400 geförderte Kursteilnehmerinnen wurden verzeichnet, allein im Schuljahr 2020/21 nutzten 250 Mütter die kostenlose Beratung.

Die Kurse gliedern sich in die Bereiche Persönlichkeitsentwicklung, Business Kompetenzen sowie Digitale Kompetenzen. Sie starten **Anfang November und finden von 8.30 bis 11.30 Uhr** statt (Änderungen möglich). Die AK Tirol übernimmt die Kosten für die Aus- und Weiterbildung, bei Bedarf inkl. Kinderbetreuung.

GEWINNEN MIT DER AZ

WELLNESS-WOCHENENDE FÜR ZWEI

Mit der AZ ins Hotel Böglerhof Alpbach!

Erleben Sie eine gelungene Mischung aus gelebter Tradition, modernem Wohnkomfort und herzlicher Gastfreundschaft: Das 4-Sterne Superior Hotel Böglerhof in Alpbach bietet Ihnen mit heimischen Materialien liebevoll ausgestattete Zimmer und Suiten. Kulinarisch verwöhnt werden Sie

u. a. in der 500 Jahre alten Fuggerstube – einem Hauben-prämierten Gourmet-Restaurant. Erholung pur bietet das „pure natura Spa“ mit ganzjährig beheiztem Outdoor-Pool, Kräutersauna, Sole-Dampfbad, finnischer Sauna etc.

Entspannen Sie im Alpbachtal mitten in einer traumhaften Bergwelt und gewinnen Sie ein **Wellness-Wochenende für Zwei** (2 Nächte, inkl. Gourmetpension premium) im Hotel Böglerhof (Details siehe rechts). **Weitere Infos auf boeglerhof.at**

Mitmachen & gewinnen.

Wer das Wellness-Wochenende gewinnen will, schreibt an gewinn@ak-tirol.com bzw. AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck, Stichwort: „Hotel Böglerhof“.

Einsendeschluss ist der 15. Oktober. Name, Adresse und Telefonnummer nicht vergessen.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, keine Barabgabe möglich.

* Ihre personenbezogenen Daten (Name, Adresse, eMail, Telefonnummer) werden von der AK Tirol ausschließlich für die Teilnahme und Abwicklung des jeweiligen Gewinnspiels verwendet und nach der Auslosung oder Ausspielung gelöscht. Ausführliche Informationen gemäß der DSGVO finden Sie unter [https://tirol.arbeitskammer.at/Datenschutz_\(DSGVO\).html](https://tirol.arbeitskammer.at/Datenschutz_(DSGVO).html).